



„Wer in Schwangerschaftsberatungsstellen Rat sucht, hat ein Recht auf Vertraulichkeit“

pro familia fordert anlässlich der Anhörung im hessischem Landtag bundesweit Schutzzonen vor Schwangerschaftsberatungsstellen

Am morgigen Donnerstag, den 22. August 2019 findet im hessischen Landtag eine Anhörung zum Thema Schutzzonen vor Schwangerschaftsberatungsstellen statt.

Der pro familia Bundesverband, der bei der Anhörung vertreten ist, spricht sich für eine bundesweite gesetzliche Lösung aus, die einen Abstand von Demonstrationen zu Beratungsstellen festschreibt. Nur so können die im Schwangerschaftskonfliktgesetz verbrieften Rechte der Frauen und der dort formulierte Auftrag der anerkannten Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen sichergestellt werden.

„Belagerungen, die unmittelbar vor dem Eingang von Beratungsstellen stattfinden, beeinträchtigen die Arbeit der Beratungsstellen in hohem Maße. Sie beeinflussen Ratsuchende mit Parolen, lauten Gebeten und Gesängen. Der Gang in die gesetzlich vorgeschriebene Beratung vor einem möglichen Schwangerschaftsabbruch wird auf diese Weise zu einem Spießrutenlauf“, heißt es in der Stellungnahme, die der pro familia Bundesverband beim hessischen Landtag eingereicht hat.

Damit könne der staatliche Auftrag der Beratungsstellen nicht gewährleistet werden. Politik und Verwaltung seien dazu verpflichtet, gegen die Belagerungen einzuschreiten.

Die Stellungnahme ist hier abrufbar:
www.profamilia.de/ueber-pro-familia/stellungnahmen

Pressekontakt

Regine Wlassitschau
regine.wlassitschau@profamilia.de

pro familia Bundesverband
Mainzer Landstraße 250-254
60326 Frankfurt am Main

Tel. 069-26 95 779-22
Fax 069-26 95 779-30
www.profamilia.de

pro familia ist der führende Verband für Sexualität und Partnerschaft in Deutschland.

Der Bundesverband wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziell gefördert.

21. August 2019